

Fünf Millionen als positives Signal für die Familien

Rechnungshofbericht fordert Überprüfung der Wirksamkeit von Sozialleistungen.

MICHAEL STEINLECHNER

Der Landesrechnungshof nahm in den vergangenen Monaten die betrieblichen Sozialleistungen für Landesbedienstete und für Mitarbeiter in Betrieben mit über 50 Prozent Landesbeteiligung unter die Lupe. Die Vorarlberger Hypo, die Krankenhaus-Betriebsgesellschaft mitsamt der Landeskrankenhäuser und die Illwerke wurden überprüft. Die Palette der Zuwendungen ist breit gefächert. Sie reicht von Geldleistungen wie Familienzulagen bis hin zu Sachleistungen wie Dienstwagen oder Werkwohnungen.

Vertraglich geregelt

Dazu bieten einige Betriebe auch branchenspezifische Schmäckerln an. So kommen die Mitarbeiter der Vorarlberger Illwerke zum Beispiel in den Genuss verbilligter Karten für die Illwerke Seilbahnen. Die Hypo erlässt ihren Angestellten die Kontoführungsgebühr. Ein großer Teil der Unterstützungen ist entweder gesetzlich geregelt oder im Kollektivvertrag festgehalten. Der Rest wird auf freiwilliger Basis gewährt. Es

zeigt sich laut Prüfbericht, dass gerade die großen Unternehmen anbieten können als kleinere Betriebe wie zum Beispiel die „inatura“.

9,15 Millionen Euro wurden 2009 beim Land und den Betrieben mit Landesbeteiligung an Geldleistungen ausbezahlt. Davon entfielen mit 5,66 Millionen über 60 Prozent auf Familien- und Kinderzulagen. Für Landtagspräsidentin Bernadette Mennel ist das „ein positives Signal an die Familien“. Die Prämien für Dienstjubiläen schlugen 2009 mit 1,53 Millionen Euro zu Buche. Aber auch hier ergeben sich Unterschiede zwischen den Unternehmen. Laut dem Bericht erfüllen die Sozialleistungen mittlerweile einen anderen Zweck als noch vor einigen Jahrzehnten. Ursprünglich dienten sie als finanzielle Absicherung der Arbeitnehmer. Heute fungieren sie eher als Werkzeug zur Stärkung des Betriebsklimas.

Mehr Geld für Vorsorge

Für Rechnungshofdirektor Herbert Schmalhardt ist es deshalb notwendig, die Leistungen vor allem nach ihrer Wirkung zu beurteilen: „Wir wollen niemandem etwas wegnehmen, sondern nur hinterfragen, welche Unterstützungen heute noch ihren Zweck erfüllen. Eine kostenneutrale Umschichtung des Geldes wäre ideal.“ So könnte mehr Geld zur Finanzierung von Pensions- und Gesundheitsvorsorge verwendet werden. Gleichzeitig räumt Schmalhardt aber ein, dass Anpassungen auf Grund bestehender Verträge und Gesetze oft nur schwer zu realisieren sind.



In Wald am Arlberg wird noch in diesem Monat der Spatenstich für das Feriendorf „Waldreich“ erfolgen. Bereits im Dezember 2010 sollen die ersten Gäste dort nächtigen.

SONJA SCHLINGENSIEPEN

Noch stehen auf dem 10.000 Quadratmeter großen Areal der ehemaligen Spenglerei Steinhauser in Wald am Arlberg zwei alte Gemäuer. Pizzeria und Spenglereigebäude werden demnächst abgerissen. Noch in diesem Monat soll der Spatenstich für das künftige Feriendorf Waldreich erfolgen.

Bereits 2008 war die Firma Magnus Invest aus Angerberg bei Kufstein mit der Idee, ein solches Feriendorf zu errichten, an die Gemeinde herangetreten. „Solche Feriendörfer sorgen natürlich für viel Diskussionsstoff.

Um Gerüchten vorzubeugen und weil ich nicht wollte, dass das Projekt bereits im Vorfeld „totgeredet“ wird, habe ich einen Informationsabend für die Bevölkerung veranstaltet“, erzählt Christian Gantner, Bürgermeister von Wald und Dalaas. Wichtig war ihm, dass das Projekt Vorteile für alle Einwohner bringt. „Deswegen habe ich gefordert, dass das Hallenbad sowie der Wellness- und Spabereich nicht nur von den Feriendorf-Gästen sondern von allen genutzt werden kann. Eine weitere Forderung war, dass das Gasthaus nicht nur für Feriengäste ist und vor allem auch das



PHILIPP STEURER

Rechnungshofdirektor Schmalhardt.